

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – August 2023

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Parlament: Stellungnahme zum Gesamthaushaltsplan der EU für das Jahr 2024 .....	1
EU-Kommission: Konsultation zur Umsetzung der LGBTIQ-Strategie .....	1
EU-Kommission: Bewerbungsphase für den Access City Award 2024 gestartet .....	1
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>2</b>
Irland: Mängel beim Kinderschutz.....	2
Deutschland: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft .....	2
Schweiz: Gewaltfreie Erziehung soll ins Zivilgesetzbuch aufgenommen werden .....	2
Schweiz: Kommission zu Kinder- und Jugendfragen fordert mehr politische Bildung für Kinder.....	3
Belgien: Staatlich finanzierte Unterbringung nur noch für geflüchtete Familien.....	3
Tschechien: Ausgaben zur Unterstützung ukrainischer Geflüchteter um ein Drittel gekürzt .....	3
Polen: Familienbezogene Sozialleistungen für ukrainische Geflüchtete auch bei Ausreise.....	4
Frankreich: Keine Erhöhung der Alkoholsteuer.....	4
Frankreich: Maßnahmen zur Unterstützung vulnerabler Gruppen bei Hitzewelle.....	4
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>5</b>
POP: Umfrage für Kinder zur sicheren Internetnutzung .....	5
UN-Ausschuss für Kinderrechte: Kommentar zu gesunder Umwelt in Kinderrechtskonvention.....	5
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>5</b>
UNICEF: Beurteilung der Wirksamkeit von Bildungsprogrammen gegen Kinderarbeit.....	5
UNICEF: Bericht zu den Risiken des Klimawandels für Kinder und Frauen .....	6
OECD: Globaler Gleichstellungsindex 2023 .....	6
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>7</b>

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EU-Parlament: Stellungnahme zum Gesamthaushaltsplan der EU für das Jahr 2024

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des EU-Parlaments betont in seiner Stellungnahme zum Gesamthaushaltsplan der EU für das Haushaltsjahr 2024, dass mit dem neuen Haushalt entschlossen auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme reagiert werden muss, die durch die Inflation und gestiegene Lebenshaltungskosten entstanden sind. Aufgestockt werden müssten die Mittel für die EU-Kindergarantie, damit diese ein wirksames Instrument zur Bekämpfung von Kinderarmut werden könne. Mindestens 20 Milliarden Euro müssten dafür im Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollten Mitgliedstaaten verpflichtet werden, mindestens fünf Prozent der Mittel aus dem ESF+ für Maßnahmen gegen Kinderarmut und zur Umsetzung der Kindergarantie zu verwenden. Der Ausschuss weist außerdem darauf hin, dass sich mit dem demografischen Wandel bestehende Herausforderungen verschärfen, so zum Beispiel der Mangel an hochwertiger Pflege und Unterstützungsleistungen für ältere Menschen. Um die Grundrechte Älterer auch in der Zukunft garantieren zu können, müssten bereits jetzt Mittel bereitgestellt werden, um den Zugang zu Wohnraum und die Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten zu ermöglichen. In der Stellungnahme wird zudem angemahnt, die Gleichstellung der Geschlechter bei der Haushaltsplanung durchgängig zu berücksichtigen.

- [Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten: Stellungnahme zum Haushalt 2024](#) 

### EU-Kommission: Konsultation zur Umsetzung der LGBTQI-Strategie

Die Kommission arbeitet aktuell an einem Zwischenstand zur Umsetzung der Strategie, die Fortschritte festhalten und Herausforderungen aufzeigen soll. In der Überprüfung werden auch die Aktivitäten der Mitgliedstaaten zur Implementierung der Strategie und Stellungnahmen wichtiger Interessenvertretungen berücksichtigt. Der Zwischenstand soll dazu beitragen, die Strategie bis zum Jahr 2025 vollständig umzusetzen. Alle interessierte Bürger:innen und Organisationen können bis zum 18. September an der Sondierung teilnehmen.

- [EU-Kommission: Sondierung zur Umsetzung der LGBTQI-Strategie 2020-2025](#)

### EU-Kommission: Bewerbungsphase für den Access City Award 2024 gestartet

Städte mit Einwohnerzahlen über 50.000 können sich aktuell bis zum 18. September für den Access City Award 2024 bewerben. Der Preis zeichnet europäische Städte aus, die besonders gute Bedingungen für den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu allen gesellschaftlichen Aktivitäten bieten. Dabei werden nicht nur räumliche Bedingungen wie die Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden, Verkehrsmitteln und Flächen wie Parks und Spielplätzen einbezogen, sondern auch der Zugang zu Informationen. Der Preis ist Bestandteil der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und der Europäischen Säule sozialer Rechte. Er soll dazu beitragen, ein Bewusstsein für die Anforderung an zugängliche Räume und Infrastrukturen zu schaffen. Herausragende Städte sollen belohnt und Anreize für die Investition in Zugänglichkeit geschaffen werden. Außerdem bietet der Wettbewerb einen Rahmen für den Austausch über Best Practices. Aktuell ist ein Bericht über die Preisträger aus dem Jahr 2023 erschienen. Er enthält Informationen über die politischen Maßnahmen zur Zugänglichkeit des öffentlichen Raums, öffentlicher Angebote, von Transport und Gebäuden sowie Kultur und Tourismus.

- [Access City Award 2024](#) 
- [Access City Award 2023: Examples of best practice in making EU cities more accessible](#) 

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

### Irland: Mängel beim Kinderschutz

Die irische Behörde für Gesundheitsinformationen und Qualitätssicherung hat zwei Berichte veröffentlicht, in denen sie jeweils die Ergebnisse von Inspektionen zweier Kinderschutzeinrichtungen in der Region Dublin Süd-West darstellt. Beide Berichte zeigen, dass die rechtlich festgelegten Standards für den Kinderschutz nicht eingehalten wurden. Bei der Inspektion des Kinderschutz- und Wohlfahrtsservices in der Region wurde festgestellt, dass viele Kinder keine feste Fachkraft zugewiesen bekommen hatten, die sich um ihren Fall kümmert. Die Anforderungen, laufende Fälle zu begleiten und zu überwachen seien regelmäßig nicht eingehalten worden. Die unzureichende Betreuung sei vor allem dadurch entstanden, dass es an ausreichend Personal mangle. Die Leitung habe zwar versucht, Aufgaben so zu priorisieren, dass die schutzbedürftigsten Kinder am schnellsten versorgt werden können. Dennoch seien deutliche Mängel entstanden. Die zweite evaluierte Einrichtung ist für unbegleitete Minderjährige in der Region zuständig. Aufgrund der deutlich gestiegenen Zahlen Geflüchteter habe das Personal sich auf die Deckung der Grundbedürfnisse wie Versorgung mit Wohnraum und Lebensmitteln beschränken müssen. Der umfassende Kinderschutz, die Überprüfung der Unterbringungsbedingungen, Kontaktaufnahme mit Familienangehörigen und rechtzeitiges Überweisen an Unterstützungsdienste habe nicht geleistet werden können. Die irische Kinderrechtsorganisation Children's Rights Alliance nimmt die Ergebnisse der Inspektionen zum Anlass, um die Priorisierung des Kinderschutzes im Haushalt für 2024 zu fordern.

- [HIQA: Bericht "Child Protection and Welfare"](#)  
- [HIQA: Bericht "Seperated Children Seeking International Protection"](#) 

### Deutschland: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft

Der UN-Fachausschuss für Menschen mit Behinderungen hat am 29. und 30. August die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft. Diese hat ergeben, dass Deutschland der Wandel zu einem menschenrechtsbasierten Inklusionsverständnis noch nicht umfassend vollzogen habe. Die historisch gewachsene Segregation von Menschen mit Behinderungen bestehe in den Bereichen Bildung, Arbeit und Wohnen in großen Teilen fort. Die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstbestimmungsrechte seien dadurch eingeschränkt. Deutliche Defizite bestünden außerdem im Gewaltschutz und der Barrierefreiheit öffentlicher Angebote. Auf der Webseite des Fachausschusses ist die Sitzung mit vorab eingereichten Stellungnahmen staatlicher Institutionen und zivilgesellschaftlicher Interessenvertretungen dokumentiert. Auch eine Videoaufzeichnung der Sitzung ist online verfügbar.

- [Videoaufzeichnung der Sitzung des Fachausschusses](#) 
- [Dokumente zur Sitzung](#) 
- [Deutsches Institut für Menschenrechte: Parallelbericht zum Staatenprüfverfahren Deutschlands](#) 
- ["Menschenrechte Jetzt!" Bericht zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland](#) 

### Schweiz: Gewaltfreie Erziehung soll ins Zivilgesetzbuch aufgenommen werden

Im Auftrag des Parlaments hat der Bundesrat der Schweiz einen Vorschlag ausgearbeitet, mit dem gewaltfreie Erziehung als Grundsatz der elterlichen Pflichten ins Zivilgesetzbuch aufgenommen werden soll. Es ist in der Schweiz bereits strafrechtlich verboten, Gewalt gegen Kinder anzuwenden. Kürzlich wurden außerdem die

Meldepflichten und -rechte bei Verdachtsfällen auf Kindeswohlgefährdung ausgeweitet. Mit der geplanten Gesetzesänderung soll die Erziehungspflicht der Eltern konkretisiert werden, die bereits jetzt dazu verpflichtet, die elterliche Sorge im Sinne des Kindeswohls auszuüben. Vorgesehen ist außerdem, die Prävention von Gewalt gegen Kinder auszubauen und schweizweit anzugleichen. Die Kantone sollen verpflichtet werden, ausreichend Beratungsstellen zur Verfügung zu stellen, um präventiv zu beraten und in Krisensituationen zu unterstützen.

### Schweiz: Kommission zu Kinder- und Jugendfragen fordert mehr politische Bildung für Kinder

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKJF) in der Schweiz hat ein Positionspapier veröffentlicht, in dem sie auf die Wichtigkeit politischer Bildung für Kinder und Jugendliche hinweist. Sie sei ein entscheidendes Mittel, um eine demokratische Gesellschaft zu stärken und zu erhalten. Die Schweiz sei auf gesellschaftliches Engagement und politische Partizipation angewiesen. Dazu notwendig seien Kenntnisse über das politische System und Kompetenzen wie Toleranz und Diskussionsfähigkeit. Diese müssten bereits im jungen Alter vermittelt werden, zum Beispiel verstärkt in der Schule. Um die politische Bildung in der Schule zu verbessern, sollte das Thema in der Ausbildung von Lehrkräften einen größeren Stellenwert bekommen. Außerdem sollte das vielfältige Engagement, das Kinder und Jugendliche bereits zeigen, anerkannt und bestärkt werden.

- [EKKJ: Positionspapier "Politische Bildung in der Schweiz"](#) 

### Belgien: Staatlich finanzierte Unterbringung nur noch für geflüchtete Familien

Die belgische Regierung hat beschlossen, die knappen Plätze in Unterkünften für Asylbewerber:innen künftig Familien mit Kindern vorzubehalten. Alleinstehende männliche Schutzsuchende müssten demnach von Beginn an selbstständig eine Wohnung finden und bezahlen. Anfang des Jahres waren bereits schätzungsweise 3.000 Geflüchtete in Belgien wohnungslos. Amnesty International und das Flüchtlingswerk Flandern kritisierten die Pläne als Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen Rechts.

Gleichzeitig hat die Bundesagentur für die Aufnahme von Asylbewerber:innen hat eine Ausschreibung veröffentlicht, auf die sich Projekte zur Förderung der Teilhabe von Asylsuchenden bewerben können. Die Umsetzung der Projekte soll dazu beitragen, die belgischen Leitlinien zur Aufnahme Schutzsuchender umzusetzen. Wichtigstes Ziel sei es, möglichst viele Asylbewerber:innen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Derzeit erfüllten knapp 18.000 von ihnen die Kriterien für eine Arbeitserlaubnis. Projekte zur Förderung der Beschäftigung von Asylbewerber:innen könnten z.B. die Vermittlung von Wohnraum in Verbindung mit Arbeitsplätzen oder den Zugang zu Kinderbetreuung ermöglichen. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Asylsuchenden in Belgien um 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Nachdem die Regierung mit verstärkten Abschiebungen und vielfach fälschlich vorenthaltenen Sozialleistungen reagierte, geriet Belgien zunehmend für seinen Umgang mit Schutzsuchenden in Kritik, zuletzt vom EGMR (vgl. [EuropaNews 07/23](#)).

### Tschechien: Ausgaben zur Unterstützung ukrainischer Geflüchteter um ein Drittel gekürzt

Die tschechische Regierung spart an Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine. Im Juli war die Überarbeitung des Gesetzes „Lex Ukraine“ in Kraft getreten, das diese Einsparungen festgeschrieben hatte. Im Vergleich zum Vormonat sanken die Ausgaben um ein Drittel von rund 71 Millionen Euro (Juni 2023) auf 46 Millionen Euro (Juli 2023). Geflüchtete, die in einer kostenlosen Unterkunft mit Verpflegung leben, haben seit Juli keinen Anspruch mehr auf finanzielle Leistungen. Anspruchsberechtigte müssen belegen, dass sie sich dauerhaft in Tschechien aufhalten. Die Kosten für die Krankenversicherung werden nur noch für 150

Tage vom tschechischen Staat übernommen. Ausnahmen gelten für Kinder und Senioren, die dauerhaft kostenlos krankenversichert bleiben. Eine Studie des tschechischen Forschungsinstituts PAQ Research in Zusammenarbeit mit dem Institut für Soziologie der Tschechischen Akademie der Wissenschaften hatte jüngst gezeigt, dass schon im Juni – vor der Gesetzesreform – zwei Drittel der ukrainischen Geflüchteten in Tschechien unter der Armutsgrenze leben. Die tschechische Regierung gibt an, mit der Reform die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten fördern zu wollen. Laut der Studie gehen 67 Prozent von ihnen bereits einer Beschäftigung nach, jedoch meistens unter ihrer Qualifikation und mit geringer Bezahlung.

### Polen: Familienbezogene Sozialleistungen für ukrainische Geflüchtete auch bei Ausreise

Unter bestimmten Voraussetzungen können Geflüchtete aus der Ukraine in Polen weiter Sozialleistungen beziehen, wenn sie das Land verlassen. Sie sind polnischen Staatsbürger:innen gleichgestellt, was den Anspruch auf Kinder- und Familienzuschüsse, Geburtsbeihilfe und Rente betrifft. Wenn registrierte Geflüchtete Polen verlassen, verlieren sie in der Regel ihren Anspruch auf Leistungen der sozialen Sicherung und Familienleistungen. Laut polnischer Sozialversicherungsanstalt verlassen derzeit zahlreiche ukrainische Geflüchtete Polen wieder. Ihre Leistungsansprüche blieben jedoch bestehen, wenn sie innerhalb von 30 Tagen nach Polen zurückkehren. Dazu sei es notwendig, dass Grenzübertritte bei Ein- und Ausreise vom Grenzschutz registriert werden, damit der Zeitraum des Aufenthalts außerhalb von Polen nachgewiesen werden könne.

### Frankreich: Keine Erhöhung der Alkoholsteuer

Nachdem das französische Wirtschafts- und Finanzministerium im Juli angekündigt hatte, eine Erhöhung der Alkoholsteuer zu planen, verneint Premierministerin Borne diesen Schritt aktuell. Die geltende Regel, mit der die bestehenden Sätze jährlich aktualisiert werden, solle beibehalten werden. Suchtbekämpfungsverbände kritisieren die ausbleibende Steuererhöhung und verweisen auf die Empfehlungen der WHO: Dort wird die Verringerung des Konsums durch höhere Preise als effektives Mittel eingestuft, mit dem Abhängigkeit und alkoholbedingte Krankheiten verringert werden könnten. Ein aktueller Bericht der französischen Beobachtungsstelle für Drogen und Suchtverhalten (nur in französischer Sprache verfügbar) weist darauf hin, dass Krankheiten, die durch Alkoholkonsum hervorgerufen werden, dem französischen Gesundheitssystem jährlich ca. 102 Milliarden Euro kosten. Auch auf der EU-Ebene setzt sich Frankreich aktuell gegen politische Maßnahmen zur Beschränkung des Alkoholkonsums ein: Gemeinsam mit Italien und Spanien arbeitet Frankreich daran, die irische Kennzeichnung alkoholhaltiger Getränke mit Gesundheitsetiketten zu verhindern.

### Frankreich: Maßnahmen zur Unterstützung vulnerabler Gruppen bei Hitzewelle

In der zweiten Augusthälfte dieses Jahres wurden die höchsten Temperaturen erreicht, die in Frankreich jemals nach dem 15. August gemessen wurden. In südlichen Regionen betragen die Temperaturen 37 bis 40 Grad Celcius. In 19 französischen Departements galt die höchste Hitzewarnstufe. Die Gesundheitsgewerkschaften wiesen darauf hin, dass Pflegekräfte und Patient:innen besonders unter der Hitze litten. Das Gesundheitsministerium verwies auf seinen Hitzeschutzplan, der die Überwachung der Hitzebelastung pflegebedürftiger Menschen vorsieht. Ältere, pflegebedürftige und anderweitig vulnerable Personen werden in Frankreich in Hitzeregistern bei den Gemeinden geführt, sodass sozial-medizinisches Personal ihren Gesundheitszustand überprüfen kann, auch wenn sie Zuhause leben. Das Ministerium hat außerdem eine Hotline gestartet, über die Bürger:innen Informationen zum Umgang mit der Hitze erhalten können. Die Bevölkerung wird aufgerufen, sich solidarisch mit den am stärksten gefährdeten Gruppen wie Älteren, Menschen mit Behinderungen und Wohnungslosen zu zeigen.

## Weitere Nachrichten

---

### POP: Umfrage für Kinder zur sicheren Internetnutzung

Das Projekt „Protection through Online Participation (POP)“ hat eine Umfrage für Kinder gestartet. Ziel ist es, herauszufinden, wie Kinder Plattformen nutzen, um sich dort sicherer zu fühlen. Gemeint sind alle Plattformen wie soziale Medien, Online-Spiele, Chaträume, Webseiten und weitere Angebote. Das Projekt soll Einsichten darüber liefern, welche Angebote für Kinder gut funktionieren, um das Internet für sie sicherer zu machen. Fokussiert werden neben den bekannten Beratungsangeboten und Meldefunktionen auch die Strategien von Kindern und Jugendlichen selbst, mit denen sie gemeinsam versuchen, sichere Räume im Netz zu schaffen. Projektpartner von POP sind unter anderem der UN-Sonderbeauftragte zu Gewalt gegen Kinder, Eurochild, Unicef, Save the Children, weitere Kinderrechtsorganisationen sowie Unternehmen. Die qualitative Umfrage soll Aufschluss über die Erfahrungen der Kinder geben. Die Bearbeitung dauert ca. fünf bis zehn Minuten. Die Teilnahme ist anonym und auf Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch und Spanisch möglich.

- [POP: Umfrage "Tell us how you use online platforms to be safer!"](#) 
- [Informationen zum Projekt "POP"](#)  

### UN-Ausschuss für Kinderrechte: Kommentar zu gesunder Umwelt in Kinderrechtskonvention

Der UN-Ausschuss für Kinderrechte hat einen Kommentar zur UN-Kinderrechtskonvention hinzugefügt, der explizit das Recht von Kindern auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt festschreibt. Darin werden der Klimawandel, die Zerstörung der Biodiversität und die Umweltverschmutzung als Problemfelder benannt. Die Kommentare zur Kinderrechtskonvention dienen als rechtliche Leitlinien, an denen Staaten, die die Konvention ratifiziert haben, sich zu ihrer Umsetzung orientieren sollen. Im neu hinzugefügten Kommentar zum Umwelt- und Klimaschutz wird ausgeführt, dass die Verantwortung der Staaten sich nicht nur auf aktuelle Ereignisse wie Extremwetterlagen bezieht. Sie werden verpflichtet, auch absehbare Kinderrechtsverletzungen durch Prozesse wie den Klimawandel abzuwenden. Dies gelte nicht nur für Umweltschäden auf dem eigenen Staatsgebiet, sondern auch darüber hinaus.

- [General comment No. 26 \(2023\) on children's rights and the environment, with a special focus on climate change](#)  

## Berichte und Studien

---

### UNICEF: Beurteilung der Wirksamkeit von Bildungsprogrammen gegen Kinderarbeit

UNICEF hat einen Bericht veröffentlicht, in dem bildungspolitische Maßnahmen und Programme in Staaten mit geringem und mittlerem Durchschnittseinkommen daraufhin beurteilt werden, inwiefern sie zu einer Reduzierung der Kinderarbeit beitragen. Der Bericht basiert auf bereits publizierten Studien zu einzelnen Aspekten und Regionen, die zu einer Gesamtbeurteilung zusammengetragen wurden. Die hauptsächlichen Forschungsfragen dabei waren, wie effektiv bildungspolitische Programme gegenwärtig bei der Bekämpfung von Kinderarbeit sind und welche Faktoren zur Effektivität von Programmen beitragen. Insgesamt zeigten die berücksichtigten Studien, dass bildungspolitische Maßnahmen nicht in jedem Fall geeignet sind, Kinderarbeit zu reduzieren. Maßnahmen müssten eine gezielte Ausrichtung erhalten, z.B. über eine ausreichende Höhe von Stipendien, dem Angebot

kostenloser Mahlzeiten in Schulen und der Einbindung von Eltern und Gemeinschaften, um die soziale Akzeptanz für Kinderarbeit zu verringern. Dabei müssten auch Faktoren wie Alter und Geschlecht der Kinder einbezogen werden, die häufig die Chance auf Schulbildung und ein Leben ohne Kinderarbeit beeinflussen.

- [UNICEF: Child Work and Child Labour: The Impact of Educational Policies and Programmes in Low- and Middle-Income Countries](#)  

### UNICEF: Bericht zu den Risiken des Klimawandels für Kinder und Frauen

In einem aktuellen Bericht stellt UNICEF dar, dass Kinder und Frauen besonders vulnerabel für die Risiken des Klimawandels sind. Dies betreffe plötzliche Ereignisse wie Extremwetterlagen und Naturkatastrophen ebenso wie langsame Prozesse, z.B. die zunehmende Wüstenbildung. Von ihren Auswirkungen wie Einkommens- und Lebensmittelunsicherheit, Gesundheitsrisiken und der Bedrohung des Lebens seien Kinder und Frauen stärker betroffen. Aufgrund von diskriminierenden Wertevorstellungen und Geschlechterrollen hätten Frauen seltener Zugang zu Bildung und regulärer Beschäftigung sowie Kontrolle über finanzielle Mittel und wichtige Ressourcen. Der Klimawandel könne sich über Unterbrechungen der Schulbildung auf Kinder auswirken, sie können bei Migrationsprozessen zurückgelassen werden und häufiger Gewalt ausgesetzt sein. UNICEF schlägt alters- und geschlechtssensible Maßnahmen zur sozialen Sicherung im Kontext des Klimawandels vor: Dazu zählen öffentliche Programme zur Förderung von Bildung und Beschäftigung und finanzielle Unterstützungsleistungen, die an Bildungs- und Präventionsmaßnahmen gebunden sind.

- [UNICEF: How Gender-responsive Age-sensitive Social Protection is Related to the Climate Crisis](#) 

### OECD: Globaler Gleichstellungsindex 2023

Der globale Gleichstellungsindex der OECD (Social Institutions and Gender Index, SIGI) für das Jahr 2023 ist erschienen. Im Vergleich zur letzten Ausgabe aus dem Jahr 2019 zeigt er einen deutlichen Fortschritt beim Abbau geschlechterbasierter Diskriminierung. Mit Blick auf die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung 2030, zu denen auch die Gleichberechtigung der Geschlechter zählt, sei der Fortschritt jedoch zu langsam und im Ländervergleich zu heterogen. Obwohl 93 der untersuchten Staaten Gleichstellungsquoten für Parität auf der politischen Ebene haben, seien Frauen weiterhin zu selten in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen vertreten. Weltweit besetzen sie nur 25 Prozent der Managementpositionen. Auch die Familie bliebe weiterhin ein Bereich, in dem an der Gleichstellung gearbeitet werden müsse: Frauen verrichteten weltweit durchschnittlich 2,6 mal so viel unbezahlte Care- und Hausarbeit wie Männer. Dem aktuellen SIGI-Index ist außerdem ein Kapitel beigefügt, das die Auswirkungen von Geschlechterungleichheiten auf die Bekämpfung des Klimawandels aufzeigt: Ungleichheiten beim Landbesitz, bei der Entscheidungsmacht, bei der unbezahlten Arbeit und soziale und institutionelle Diskriminierung hielten Frauen davon ab, sich in Projekten für resiliente und nachhaltige Landwirtschaft einzubringen. Der Report empfiehlt, weitere Gesetze für Gleichstellung und gegen Diskriminierung voranzubringen. Um Frauen in nachhaltige Wirtschaftsbereiche zu involvieren, müssten Geschlechterstereotype bekämpft und Zugangsbarrieren abgebaut werden. Langfristige und nachhaltige Gleichstellungspolitik müsse lokale Communities und politische Bewegungen mit einbeziehen.

- [OECD: SIGI 2023 Global Report](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
5. Sep. 2023 online	<a href="#">Mainstreaming Ageing in der UNECE-Region</a>	UNECE
19.-20. Sep. 2023 Warschau, Polen	<a href="#">International Annual Conference on Energy Poverty</a>	Europäische Kommission
20. Sep. 2023 Oviedo, Spanien & online	<a href="#">IV European Congress Against Poverty and Social Exclusion</a>	European Anti Poverty Network
20. Sep. 2023 Madrid, Spanien	<a href="#">EU Transport Equality Day</a>	Spanische EU-Ratspräsidentschaft
21.-22. Sep. 2023 Malaga, Spanien	<a href="#">Conference on "Combating the sexual exploitation of children through the use of new technologies".</a>	Spanische EU-Ratspräsidentschaft
26. Sep. 2023 Dortmund, Deutschland	<a href="#">Fachtagung zur Situation von Arbeiter:innen aus Süd-Ost-Europa "Schöne neue Arbeitswelt - Ausbeutung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt"</a>	AWO Migration Dortmund, Roma Kulturfest „Djelem Djelem“
26.-27. Sep. 2023 Toledo, Spanien	<a href="#">Conference on health and safety at work</a>	Spanische EU-Ratspräsidentschaft
28. Sep. 2023 Zaragoza, Spanien	<a href="#">Conference on guaranteeing sexual and reproductive rights in Europe</a>	Spanische EU-Ratspräsidentschaft
17. Okt. 2023 Madrid, Spanien	<a href="#">Leaving nobody behind: Making social rights available to all families</a>	Coface Families Europe
25. Okt. 2023 Berlin, Deutschland	<a href="#">Europäisches Fachgespräch zum Thema "Care Strategy"</a>	AGF
13.-14. Nov 2023 San Sebastian, Spanien	<a href="#">European conference on Social Economy</a>	Spanische EU-Ratspräsidentschaft

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen



Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

